

## «Es wird für viele eine Lohnerhöhung geben»

Unia-Kopräsident **Andreas Rieger** fordert bessere Entgeltung für die meisten Branchen

### Wie viel mehr Lohn gibt es nächstes Jahr?

In sehr vielen Branchen und Betrieben wird es Lohnerhöhungen von 1 bis 2 Prozent geben, eine Null gibt es da nur hinter dem Komma. Die Verhandlungen ziehen sich aufgrund der unsicheren Konjunkturlage hin.

### Wo gibt es im Gewerbe Lohnerhöhungen?

Fest sind Erhöhungen der Mindestlöhne von 2,5 bis 5 Prozent bei Coop und Lidl, die beim Mindestlohn 100 Franken raufgehen – Lidl in einzelnen Kategorien bis zu 250 Franken. Jetzt stellt sich die Frage: Was machen Migros, Aldi, Denner und Manor? Zudem haben wir einen Abschluss im Reinigungsgewerbe in der Deutschschweiz, wo 35 000 Leute meist auf dem Mindestlohn arbeiten. Hier wurden bereits vor Monaten plus 2 Prozent abgemacht. Im Holzbau Schweiz erhalten alle 12 000 Beschäftigten 1 Prozent mehr Lohn und 70 Prozent von ihnen noch einen Stufenanstieg von 1,5 Prozent, zusammen also 2,5 Prozent. Eine Nullrunde ist das nicht!

### Wie sieht es auf dem Bau und in der Industrie aus?

Im Bau sind die Verhandlungen wiederaufgenommen worden, in zwei Wochen geht es weiter. Die Nullrunde ist aber auch auf dem Bau schon überwunden. In der Industrie ist es sehr durchgezogen. Die Hälfte der Betriebe ist von der Krise hart getroffen. Unternehmen in der Pharmaindustrie hingegen geht es hervorragend. Wir fordern dort eine Lohnerhöhung von gegen 3 Prozent

### BMW hat kürzlich beschlossen, die unteren Löhne prozentual gleich anzuheben wie die oberen. Was halten Sie davon?

Das ist ein sehr gutes Modell. Hätte man es in der Schweiz für die Finanz- und Pharmaindustrie angewendet, wären die unteren Löhne heute 20 Prozent höher.

### Wollen Sie das BMW-Modell bereits in diese Lohnverhandlungen einbringen?

Wir haben schon früher unsere Lohnforderungen mit den gestiegenen Gewinnen und Managementgehältern begründet. Die Arbeitgeber hat das wenig beeindruckt. Am Schluss gab es 2 bis 3 Prozent mehr Lohn, während sich das Management 10 Prozent zuschanzte. Das BMW-Modell erhöht unsere Glaubwürdigkeit. Wir werden es einfordern, damit sich die Lohnschere nicht noch weiter öffnet.

### Die Arbeitgeberseite will derzeit lieber Arbeitsplätze sichern, statt Lohnerhöhungen verteilen.

Zwei Drittel aller Branchen geht es gut. Da liegen auf jeden Fall Lohnerhöhungen drin. Eine Nullrunde wäre zudem Gift für den Konsum und für den einheimischen Markt.

### Wandert die Lohnerhöhung während einer Rezession nicht direkt in den Sparstrumpf?

Nein. Das ist für die unteren und mittleren Einkommen völlig falsch. Diese haben gerade jetzt mehr Auslagen, etwa, weil die Krankenkassenprämien stark ansteigen. Mit 1 bis 2 Prozent mehr Lohn bleiben den Leuten abzüglich der Prämiensteigerung im Monat keine 50 Franken im Portemonnaie mehr hängen. Dieses Geld wandert sicher nicht in den Sparstrumpf. Hingegen gehen Steuergeschenke für Reiche nicht in den Konsum, sondern erhöhen deren Sparquote.

INTERVIEW: CLAUDIA STAHEL



**Andreas Rieger:** «Nullrunde wäre Gift für den Markt»

«Die Verhandlungen ziehen sich aufgrund der unsicheren Konjunkturlage hin»



Raiffeisen: Bald in einem neuen Verband?

FOTO: KEY

# In der Bankiervereinigung hängt der Haussegen schief

Kleinere Institute drohen mit Ausstieg aus der Lobbyorganisation

VON BEAT SCHMID

**ZÜRICH** Unter Schweizer Banken könnte es zur Spaltung kommen. Wie die SonntagsZeitung weiss, erwägen kleinere, auf die Schweizer Binnenwirtschaft ausgerichtete Banken den Ausstieg aus der Bankiervereinigung und die Gründung eines eigenen Verbandes. Zu den dissidenten Instituten zählen Raiffeisen-, Regional- und Kantonalbanken sowie die Valiant-Bankengruppe. «Wir fühlen uns von der Lobbyorganisation nicht mehr vertreten», sagt ein ranghoher Banker.

Einer der Anführer der abtrünnigen Banken ist der Chef der Raiffeisen, Pierin Vincenz. Offiziell verneinen lassen will er sich nicht. Über seinen Sprecher Franz Würth lässt er ausrichten: «Die Bankiervereinigung muss unsere Anliegen ernst nehmen.»

Der zentrale Vorwurf: Die Bankiervereinigung vertritt vor allem die Interessen der Grossbanken und der Privatbanken. Die kleineren, auf Schweizer Privatkunden und das KMU-Geschäft ausgerichteten Banken dagegen finden kaum Gehör.

Im Kern geht es um zwei umstrittene Vorhaben: die Erhöhung des Einlagenschutzes – Geldpolster, welche Banken im Fall eines Konkurses an die Einleger ausschütten müssen, sowie die Verschärfung der Eigenmittelvorschriften. Dort geht es um die Erhöhung und die qualitative Verbesserung des Eigenkapitals. Diese beiden Massnahmen sollen die Banken in Krisenzeiten widerstandsfähiger machen.

### «US-Politiker noch nicht in der Realität angekommen»

#### Urs P. Roth, Chef der Bankiervereinigung, kritisiert neues Gesetz zur Steuerflucht

Der US-Kongress plant ein neues Gesetz mit mühsamen Auflagen für ausländische Banken. Diese sollen laut einem am Dienstag eingebrachten Gesetzesvorschlag alle amerikanischen Kunden mit mehr als 50 000 Dollar Guthaben beim US-Fiskus melden. Andernfalls wird ihnen von Erträgen auf US-Wertschriften eine Steuer von 30 Prozent abgezwickelt.

Die Regulierungsvorhaben sind in der Vernehmlassung, werden von den Banken unterschiedlich betrachtet – und entsprechend kontrovers diskutiert in der Bankiervereinigung. Für Kantonalbanken mit Staatsgarantie ist es sinnlos, den Einlagenschutz zu erhöhen, da die Banken bei einem Bankrott ohnehin durch den Kanton gerettet werden müssten.

Die Erhöhung der Eigenmittel trifft kleinere Banken viel stärker

Würde die Meldepflicht durchgesetzt, «könnte es für viele kleine und mittlere Schweizer Banken nicht mehr interessant sein, Amerikaner als Kunden zu haben», sagte Urs Roth, Chef der Bankiervereinigung, bei einem Lunch dem Schweizer Generalkonsul. Dass der US-Finanzplatz wegen Staatsverschuldung zunehmend auf ausländische Banken angewiesen sei, komme vielen Kongressabgeordneten nicht in den Sinn. Roth: «Einige sind noch nicht in der Realität angekommen.» MARTIN SUTER

als die Grossbanken. Besonders die Raiffeisenbanken: Bisher konnten diese etwa die Hälfte der Nachschusspflicht von 8000 Franken pro Genossenschafter dem Eigenkapital zurechnen. Dies soll in Zukunft nicht mehr möglich sein. Ausserdem stören sich die kleinen Banken daran, dass die Grossbanken über eine faktische Staatsgarantie verfügen und so den Wettbewerb verzerren.

### Die Kleinen wollen nicht mehr an die Wand gespielt werden

Die Interessen von inlanderorientierten Banken wie Raiffeisen-, Regional- und Kantonalbanken sowie diejenigen von auslanderorientierten Gross- und Privatbanken gehen in diesen Fragen weit auseinander. Die kleineren Banken wollen es nicht länger hinnehmen, von den Grossen in den Gremien an die Wand gespielt zu werden.

Ein Sprecher der Bankiervereinigung will von einem Zerwürfnis nichts wissen. Die Banken seien je nach Thema unterschiedlicher Meinung, und es werde auch hart diskutiert.

**Der Börsenkommentator der «Financial Times», John Authers, hat sich diese Woche bei seinen Lesern dafür entschuldigt,** dass er das Börsenrally in diesem Jahr verpasst hat (S & P 500 und SMI seit März plus 60 Prozent). Damit steht Authers nicht alleine da. Die meisten Anlageberater haben ihre Kunden zur Vorsicht gemahnt. Gekauft haben Institutionelle, die nicht auf Cash sitzen bleiben durften. Dem klassischen Kleinanleger blieb bloss der Frust, die Hausse zog an ihm vorüber. Mittlerweile ist der kräftige Aufwärtstrend erschlaft und Vorsicht angebracht. Wir waren Zeuge des stärksten Wiederaufschwungs der letzten hundert Jahre. Eine Korrektur der Korrektur drängt sich förmlich auf.

**Davon abgesehen könnten die Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf nicht grösser sein.** Zu den Pessimisten gehörte bis letzte Woche die Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF). Ihre Prognose war düsterer als alle andern. Doch am Freitag der plötzliche Wandel: Das Stimmungsbarometer, teilte die KOF mit, habe sich innert Monatsfrist deutlich verbessert, von 0,77 auf 1,45



MARKUS GISLER

*China ist die Stütze der Weltwirtschaft*

Zähler, was übersetzt auf das sogenannte Kern-BIP, das 90 Prozent der Wertschöpfung enthält, bedeutet, dass die Wirtschaft wieder wachse. Ende der Rezession also. Ist das die Entwarnung?

**Davon kann keine Rede sein. Die Schwarzmalerei führen eine Reihe von Argumenten ins Feld:** Die Banken hätten die notwendigen Abschreibungen ihrer Risikopositionen erst zu Hälfte vollzogen, die Entlassungswellen in Europa stünden erst noch bevor. In den

USA verlören jetzt wegen der Rezession auch die Geschäftsimmobilien massiv an Wert, was ebenso schlimm sei wie die Subprime-Krise. Jene, welche die Welt durch die rosa Brille sehen, nehmen zur Kenntnis, dass die US-Wirtschaft wieder um 3,5 Prozent gewachsen ist, dass das Finanzsystem wieder funktioniert und die meisten Banken Gewinne schreiben. Vor allem aber verweisen sie auf China, das für das dritte Quartal ein Wachstum von 8,9 Prozent gemeldet hat, weit über den Erwartungen.

**Tatsächlich ist China die grosse Überraschung und straft alle Prognosen Lügen.** Der Regierung hat niemand abgenommen, dass sie das angekündigte Investitionsprogramm auch umzusetzen in der Lage ist. Doch die Zahlen zeugen von einer Flexibilität, der der Westen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hat. Die Nachfrage aus China ist zur entscheidenden Stütze für die Weltwirtschaft geworden. Die Frage ist bloss: Wird es für einen nachhaltigen Stimmungsumschwung reichen? Die Welt hat ein Klumpenrisiko: Es heisst China. Ergo bleibt die Ungewissheit.